

REZENSIONEN

Gerhard Hoch:

Annekatein Mendel: Zwangsarbeit im Kinderzimmer. „Ostarbeiterinnen“ in deutschen Familien von 1939 bis 1945. Gespräche mit Polinnen und Deutschen. Frankfurt/Main: dipa-Verlag 1994. 265 S.

Die Autorin - sie starb unmittelbar vor Erscheinen dieses Buches - hat uns eine wichtige Dokumentation zur Zeitgeschichte hinterlassen. Von Beruf Psychoanalytikerin, wollte sie wissen, wie in den deutschen Machtbereich verschleppte Mädchen aus Polen und der Ukraine in deutschen Haushalten als Kindermädchen eingesetzt wurden. Sie richtete Fragen an damals Beteiligte und läßt diese wiedergeben, was sie in ihrer Erinnerung aufbewahrt haben. Die Interviews folgen einem bestimmten Schema, und die so entstandenen schriftlichen Berichte oder Tonbandaufzeichnungen werden zunächst ohne Kommentar wiedergegeben. Nur in einzelnen Fällen greift die Autorin ein und vertieft Erinnerung und Aussagen auf überaus einfühlsame Weise (z.B. S. 173 - 186).

Zu Worte kommen zehn ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus Polen, der Ukraine und Slowenien, ferner neun Frauen und fünf Männer, damals entweder Kinder der Jahrgänge 1928 bis 1943 oder Mütter der Jahrgänge 1907 bis 1910. Möglich wird so eine Rückschau aus drei verschiedenen Perspektiven: vom Standpunkt der Frauen aus dem Osten, der damaligen deutschen Kinder und der Mütter.

Die Frauen aus dem Osten empfanden sich als „lebende Beute“ der Deutschen. Manche wurden im Alter von nur zwölf Jahren verschleppt, andere im Pubertätsalter, und fast immer geschah dies

unter brutalen Umständen („In der Kirche aufgegriffen“, „auf der Straße mit meiner Cousine aufgegriffen“, „sie und ihre Schwester von der Mutter weggerissen“).

Stets erschienen sie nur mit dem bekleidet, was sie auf dem Leibe trugen, einen Beutel mit wenigen Brotresten über der Schulter. Vom Arbeitsamt wurden sie „verhökert“, „hin- und hergeschoben“, am Einsatzort gefühllos entkleidet, entlaust und gewaschen. Nicht selten beraubte man sie in den Familien ihres Namens und „verpaßte“ ihnen willkürlich deutsche Namen. Lohn gab es fast nie, und wenn, dann nur einen lächerlich geringen Betrag. In der Regel war die von ihnen verlangte Arbeit viel zu schwer für ihr Alter, denn zum Umgang mit den Kindern kamen vielerlei Pflichten in Haus, Garten und Feld hinzu.

So stellten sich zu den seelischen Traumata auch gesundheitliche Schäden ein, wie Blutungen oder Ausbleiben der Menstruation, schwere Entwicklungsstörungen. Es gehörte wohl zur Überlebenskunst dieser Mädchen, sich den Bedingungen anzupassen, ihr Schicksal hinzunehmen, da es - verglichen mit dem ihrer Landsleute in den größeren Arbeitslagern - noch erträglich erschien. Es half ihnen, sich mit den Liedern ihrer Heimat zu trösten, Leidensgefährtinnen in der Nachbarschaft aufzusuchen und vor allem: die große Anhänglichkeit zu

spüren, die die ihnen anvertrauten deutschen Kinder ihnen entgegenbrachten.

Doch das allzu leicht entstehende Bild einer warmen Familienidylle hat seine Kehrseite: diese sanften Wesen entsprachen so recht der ihnen zugeordneten Rolle als Haussklavinnen. Das sicherte ihnen - wie übrigens allen Zwangsarbeitern - freundliche Aufnahme und Behandlung. Die „Toleranz“ erreichte aber dort ihre Grenze, wo sich bei diesen verschleppten Menschen Stolz zeigte oder wo sie die ihnen aufgezwungene Arbeit nicht willig genug erledigten. Als Beispiel dafür wird einmal auf eine ukrainische Lehrerin hingewiesen, die man wegen ihres Selbstbewußtseins als feindselig empfand.

Zugeteilt wurden diese Mädchen an Haushalte, die sich beim Arbeitsamt darum bemüht hatten. Meistens geschah dies durch die bei der Wehrmacht befindlichen oder dienstverpflichteten Ehemänner, wobei gelegentlich auch „Beziehungen“ eine Rolle spielten. Bei den in diesem Buch berücksichtigten Familien, die ausdrücklich nicht repräsentativ sein sollen, handelt es sich ausschließlich um solche in privilegierten, „besseren“ Verhältnissen, die nicht immer einer solchen Hilfe bedurft hätten.

Die Hausfrau und „Herrin“ erscheint in den Berichten gegenüber den Dienstmädchen überwiegend als ihnen zugewandt, freundlich, hilfsbereit bis mütterlich; nur wenigen werden Grobheit oder gar Schläge nachgesagt.

Die tiefsten Einblicke vermitteln die Aussagen der damals von den Mädchen aus dem Osten betreuten Kinder. In ihren Augen erschienen diese fremden Wesen anfangs als typische Vertreter ihrer Völker, gekennzeichnet durch primitive Kleidung, grobes Schuhzeug, ge-

fütterte Jacke, lange Röcke, Kopftuch, aus denen ein rundes Gesicht und lange Zöpfe hervorschauten. Manche Kinder erkannten bald, daß sie nicht in das ihnen in Schule und anderswo eingeredete Bild vom „bolschewistischen Untermenschen“ paßten. Ein solches ließ man gelten bezüglich der Russen in den Kriegsgefangenenlagern. Andreas etwa räumt ein: „Um die hat man sich nicht gekümmert. Das ging einen nichts an. [...] Aber Nastasja galt nicht als Untermensch, weil sie im Hause war.“ Das böse Stereotyp blieb - ähnlich dem des „jüdischen Untermenschen“ - in seiner Geltung, wurde aber im Einzelfall als Ausnahme aufgelöst, wenn eine besondere persönliche Nähe oder auch Nützlichkeit vorlag.

Alle Berichte der Kinder stimmen darin überein, daß sie jene Mädchen als geduldig, sanft, liebevoll, warmherzig empfanden. Nach Überwindung der ersten hindernden Kontaktschwierigkeiten entwickelte sich zwischen Kindern und Betreuerinnen ein sehr inniges Vertrauensverhältnis. Für die meisten Kinder war die Erfahrung einer solch starken emotionalen Bindung, solcher Wärme und Zuwendung überaus beglückend, besonders bei denen, die eben dieses bei ihren oft als hart erlebten Müttern entbehrt hatten. Charakteristisch dafür ist die Bemerkung: Nastasja „hat mir gutgetan [...] Sie war eine wichtige Person in meiner Kindheit und eine richtige Mutter.“

Frau Mendels Buch ist ein Stück Oral History im besten Sinne, denn sie verfügt über die für diese oft heikle Methode unerläßlichen Kenntnisse der Primärquellen, von denen sie im Anhang eine Auswahl bietet, und kennt den Forschungsstand zur Frage der Zwangsar-

beit. Entsprechend ist auch ihr - ebenfalls abgedruckter - Fragenkatalog angelegt. So vermag sie in einer den Band abschließenden Gesamtwürdigung den schönen Schein mancher sentimentalen Rückschau über eine so lange Zeit aufzudecken und die harten Tatsachen herauszustellen.

Es ist erstaunlich, wenn aus den Berichten der Kindermädchen kein Gefühl von Haß oder Feindschaft hervortritt, ja wenn sogar der Wunsch geäußert wird, mit der deutschen Familie und den damaligen Kindern wieder in Verbindung zu treten. Umso mehr Gewicht haben dann aber die auf diesem emotionalen Hintergrund oft nur angedeuteten Leiden und Verletzungen.

Auf deutscher Seite liegt über diesem halben Jahrhundert in den meisten Fällen ein Nebel des Vergessens. Kinderklagen: Es wurde nicht darüber gesprochen. Dieses für die Kindheit so überaus intensive Hineinwirken einer ganz fremden, selbst oft noch kindlichen Person wurde übersehen, wobei nicht selten ein nichtverarbeitetes Schuldgefühl mitgewirkt haben dürfte. Oft meldete sich erst im fortgeschrittenen Alter der Wunsch, der eigenen Kindheit und Entwicklung nachzugehen, auch das verschwommene Bild der Mutter und mehr noch des abwesenden Vaters aufzudecken. Dabei kamen endlich auch wieder die Kindermädchen in den Blick und in die Erinnerung zurück.

Frank Omland:

Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München: C. H. Beck 1994. 168 S. (= Beck'sche Reihe, 1052).

Rechtzeitig zum „Superwahljahr“ hat Jürgen W. Falter ein Taschenbuch veröffentlicht, das sich mit der Frage beschäftigt, aus welchen geographischen und sozialen Kontexten rechtsextreme Wähler/innen kommen, welche sozialen und psychischen Faktoren die Wahl beeinflussen und „ob es sich in erster Linie um ideologisch nicht motivierte Protest- oder um rechtsextremistisch eingestellte Überzeugungswähler handelt“ (S. 8). Dazu hat Falter hauptsächlich auf die Auswertung von Umfrageergebnissen (u.a. Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum rechtsextremen Weltbild) und offizielle Wahlstatistiken zurückgreifen lassen. „Zurückgreifen

lassen“ meint, daß Falter drei namentlich genannte Hilfskräfte hatte, die jedoch alle nicht auf dem Umschlag erscheinen, einer von ihnen aber wenigstens auf der Innenseite genannt wird. Das scheint im Wissenschaftsbetrieb so üblich zu sein...

In sieben Kapiteln erfährt die Leserschaft etwas „zur Biographie rechtsextremer Parteien in Deutschland“ und zur „Demographie“, „Wahlgeographie“, „Soziographie“ und „Psychographie“ von Rechtswähler/innen. Im Kern stützt die Auswertung der Wahlforschung laut Falter die These von den „Modernisierungsverlierern“, die besagt, daß objektive soziale Probleme zu subjektiven Deprivationsgefühlen führen, die wiederum

Politikverdrossenheit, politische Protesthaltung und rechtsextremistische Denkmuster fördern (was bei einer Minderheit der Betroffenen zu rechtsextremen Wahlentscheidungen führt). Wobei die Entscheidung für eine rechtsextreme Partei zwar häufig aus einem Protestmotiv heraus gefällt wird, die Wähler/innen in der Regel aber über ein rechtsradikales bzw. rechtsextremes Weltbild verfügen. So gut wie niemand wählt rechtsextrem, ohne dieser Gesinnung zu sein!

In diesem Licht betrachtet, verwundert es nicht, daß entsprechende Parteien überdurchschnittlich von Menschen gewählt werden, die sich selbst als rechts einstufen, einen starken Nationalstolz haben und/oder eine massive Ablehnung bis hin zu Haß gegenüber Ausländern/innen hegen. Politische Entfremdung, private Isolierung sowie Angst vor dem sozialen Abstieg fördern mithin die rechtsextreme Wahlentscheidung. Überdurchschnittlich oft wählen diejenigen rechtsextrem, die sich für sozial benachteiligt halten, ein Gefühl der Bedrohtheit durch Ausländer/innen empfinden, sich von der Gesellschaft ungeachtet behandelt fühlen und eine wirtschaftliche Verschlechterung erwarten.

„Zufriedene Rechtsextreme wählen hingegen die CDU oder SPD bzw. gehen nicht zur Wahl. (Der Anteil von Wähler/innen mit einer rechtsextremen Einstellung liegt hier zwischen 20% und 14%). „Am geringsten ist der Anteil von Personen mit rechtsradikalen Einstellungen bei FDP, PDS und Grünen.“ (S. 158). Nur am Rande sei hier vermerkt, daß unter der sehr kleinen Minderheit derjenigen, die sich nicht benachteiligt fühlen, nicht politikverdrossen sind, aber ein rechtsextremes Weltbild haben, 71 % CDU wählen.

Falter bestätigt, daß REP, DVU und NPD Männerparteien sind. Beim Altersprofil sind die Ergebnisse aber regional so unterschiedlich, daß weder von einer Jungwählerwelle noch von einer zwangsläufigen Unterstützung durch die über 45jährigen gesprochen werden kann. Deutliche Differenzen zeigt hingegen der Ost-West-Vergleich. Dies spiegelt sich auch im gesamtdeutschen Bild von der Stärke der sozialen Gruppen in der Wählerschaft wieder: „Bei dem idealtypischen Rechtswähler handelt es sich um einen verheirateten Mann über 45, der in einer Klein- oder Mittelstadt lebt, einer christlichen Kirche angehört, aber selten oder nie zur Kirche geht, Volks- oder Hauptschulabschluß besitzt, als Arbeiter oder einfacher Angestellter in einem festen Arbeitsverhältnis steht, sich (bisher) um seinen Arbeitsplatz nicht unmittelbar sorgt und weder selbst noch über ein anderes Mitglied seines Haushalts mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist.“

Aufgrund des Überhangs an Menschen in der westdeutschen Bevölkerung ist dies gleichzeitig fast auch der idealtypische westdeutsche rechtsextreme Wähler. „Der ostdeutsche Idealtypus des Rechtswählers weicht davon deutlich ab. Bei ihm handelt es sich um einen jüngeren, alleine lebenden Mann aus einer eher kleinen Gemeinde, der einen mittleren Schulabschluß aufzuweisen hat, Arbeiter, und zwar öfter Facharbeiter als an- oder ungelernter Arbeiter ist, der seinen Arbeitsplatz häufiger als sein westdeutsches Pendant als gefährdet ansieht, im Gegensatz zu diesem keiner Konfession angehört und außerdem, wie sein Gegenpart aus den alten Bundesländern, kein Gewerkschaftsmitglied ist.“ (S. 105f.).

Kirchenverbundenheit, tiefe Religiosität sowie eine starke Verbundenheit mit der Gewerkschaft sind hingegen immunisierende Faktoren. Dabei ist aber zu beachten, daß sich dies nur auf der Verhaltensebene auswirkt. Unter denselben Menschen, die deshalb nicht rechtsextrem wählen, denken einige ohne weiteres rechtsextrem...

Am interessantesten ist das Buch an den Stellen, wo Falter (bewußt?) bestimmte Ergebnisse ausblendet oder bagatellisiert, die nicht so eindeutig ins Bild der „Modernisierungsverlierer“-These passen. So kann man aus seinen Ergebnissen auch Hinweise darauf entnehmen, daß die von Held und anderen aufgestellte These vom „Wohlstandschauvinismus“ ebenfalls stimmig ist. Diese besagt u. a., daß nicht nur die „Modernisierungsverlierer“ rechtsextrem wählen, sondern auch ein Teil derjenigen, die sich nicht benachteiligt fühlen, über ein gutes Einkommen verfügen u.ä.m.

So reicht beispielsweise bei immerhin 12% eine starke Ablehnung von Ausländern - gekoppelt mit einem Protestmotiv - aus, um zu einer rechtsextremen Wahlentscheidung zu gelangen. Die beiden anderen unterstützenden Faktoren, die die Ergebnisse auf 11 - 30% ansteigen lassen (rechte Einstellung, soziale und wirtschaftliche Benachteiligung), spielen also nicht für alle eine Rolle. Hierzu paßt ebenfalls, daß es nicht wenige rechtsextreme Wähler/innen mit einem relativ hohen Einkommen (3.000 - 4.000 DM netto) gibt und sich kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und rechtsextremen Wahlsiegern herstellen läßt. Falter kann ebenfalls keinen Zusammenhang zwischen der eher anonymen Großstadt und der Neigung zu rechts-

extremem Wahlverhalten herstellen.

Auch so irritierende Ergebnisse wie jenes, daß ostdeutsche Hausfrauen mit einem hohen Bildungsabschluß zu 9% rechtsextrem wählen, läßt Falter außer acht, obwohl doch ansonsten eine niedrige Schulbildung zum Bild der rechtsextremen Wählerschaft zu gehören scheint. Ebenso wenig geht er darauf ein, warum ostdeutsche Frauen, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen und über eine niedrige Schulbildung verfügen, nur zu 2% rechtsextrem wählen, während dies bei Männern (Ost/West: 17/12 %) und westdeutschen Frauen (12%) zu deutlich überdurchschnittlichen Werten führt.

Dies mag genügen, um anzudeuten, daß Falter nicht genau genug alle Ergebnisse auswertet und daß es Phänomene gibt, die die These vom „Wohlstandschauvinismus“ stützen.

Sehr problematisch sind die praktischpolitischen Konsequenzen, die Falter vorschlägt: „Durch weltanschauliche Umarmung oder Anpassung sind die Wähler der rechten Flügelparteien angesichts ihrer festgefügteten Weltanschauung wohl kaum zurückzugewinnen. Eher schon erscheint der Versuch erfolgversprechend, gegen den zweiten Faktor, die aus Politikverdrossenheit und dem Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung gespeiste politische Protesthaltung anzugehen.“ (S. 158). Falter will also die unzufriedenen zu „zufriedenen“ Rechtsextremen machen, damit deren *Wahlentscheidung* anders ausfällt als bisher...

Als Mittel hierzu schlägt er den Parteien den Nachweis von politischer Handlungsfähigkeit, die Reform verkrusteter Organisationsstrukturen, die Herstellung von größerer politischer Mitbe-

mung und ihren Rückzug aus dem vopolitischen Raum (sprich: Entfilzung) vor - Forderungen, die unabhängig vom Rechtsextremismus aufgestellt werden können.

Fazit: Das Buch gibt jedem und jeder Rüstzeug für die zwangsläufige Debatte darum, wie mit der Wählerschaft der rechtsextremen Parteien umgegangen werden sollte. Eben nicht mit einem „Schmusekurs“, wie ihn gerade die

Volksparteien immer wieder fordern, um diese Wählerschaft nicht zu verprellen, sondern mit klarer Bekämpfung und Ächtung seitens aller antifaschistischen Demokraten. *Wer wählt rechts?* kann als lohnenswerte Lektüre für alle diejenigen gelten, die sich mit dem Thema beschäftigen, auch und gerade wegen der uneindeutigen Ergebnisse, die es für die aufmerksame Leserschaft bereithält.

Heidemarie Kugler-Weimann, Jan Kalsow, Martin Harnisch:

Stefan Romey: Ein KZ in Wandsbek. Zwangsarbeit im Hamburger Drägerwerk. Hamburg: VSA-Verlag 1994. 151 S.

In diesem Buch, gefördert von der Hansestadt Hamburg und den Drägerwerken AG in Lübeck, berichtet Stefan Romey über das Außenlager Drägerwerk des KZ Neuengamme. Der Betriebsteil Wandsbek des in Lübeck ansässigen Drägerwerks wurde 1944 zum Außenlager des KZ Neuengamme mit über 500 weiblichen Häftlingen, die hier zur Steigerung der Gasmaskenproduktion eingesetzt wurden.

Das Buch beginnt mit einer Kurzdarstellung des KZ-Systems, beschreibt die Vorgeschichte des KZ-Außenlagers Drägerwerk, das Leben und die Arbeit im Lager in vielen Aspekten, und versucht auch - fast 50 Jahre danach - darzustellen, was nach der Befreiung aus den ehemaligen Häftlingen und ihren Peinigern wurde.

Wer allerdings das Buch kauft, um etwas über die Verantwortung der heutigen Drägerwerke AG und ihres verstorbenen Besitzers Heinrich Dräger zu erfahren, wird enttäuscht: Bereits in den Vorbemerkungen wird der Blickwinkel

des Verfassers auf die Drägerwerke deutlich: „Gerade die Gespräche mit Dr. Welf Böttcher, dem Pressesprecher der Dräger-Werke AG in Lübeck, und seine Anstrengungen, über die Befragung ehemaliger Betriebsangehöriger die Geschichte des Werkes in der NS-Zeit zu erhellen, haben dazu beigetragen, ein möglichst detailliertes und umfassendes Bild der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wandsbeker KZ-Außenlager zu zeichnen. Die Dräger-Werke AG hat diese Arbeit auch finanziell gefördert und wünscht Nachahmung mit der Maßgabe [sic!], eine Basis für eine offene Diskussion über Vorgänge in der NS-Zeit zu schaffen.“ (S. 9f.)

Die dem Unternehmen entgegengebrachte Dankbarkeit beruht nicht etwa auf wertvollen Einblicken ins Firmenarchiv, denn „Firmenunterlagen (waren) nicht einsehbar“ (S. 142, Anm. 55), „Unterlagen des Drägerwerks [...] lagen nur bruchstückhaft vor“ (S. 7), soweit sie 1981 auf einen Aufruf des Dokumentenhauses Neuengamme hin zur

Verfügung gestellt wurden. Zu letzteren gehörten offensichtlich drei in Faksimile wiedergegebene Aktenstücke, die dem Drägerwerk vermutlich geeignet schienen, die Rolle des damaligen, inzwischen verstorbenen Firmenchefs Heinrich Dräger (H.D.) in günstigem Licht erscheinen zu lassen:

a) eine Aktennotiz von Heinrich Dräger über ein Telefongespräch mit dem KZ Oranienburg am 28. Februar 1944, bei dem H.D. die Zuweisung von 1500 KZ-Häftlingen für die Volksgasmaskenfertigung in Lübeck angekündigt wurde, er jedoch auf die mangelnde Einsatzmöglichkeit hinwies, da die Fertigung der VG aus Lübeck verlagert war. (S. 40) Dabei bleibt unklar, welcher Zweck mit der Vorlage dieser Aktennotiz verfolgt wird. Sie kann nicht belegen, daß die Drägerwerke gegen den Einsatz von KZ-Häftlingen in Wandsbek waren. Denn wie Romey unmittelbar darauf feststellt, wurde vom Drägerwerk in Wandsbek bereits zwei Wochen später der Bau der Baracken für die KZ-Häftlinge und die SS-Aufseherinnen sowie eine Stacheldrahtumzäunung beantragt. (S. 42f.)

b) ein Persilschein des Wandsbeker Betriebsleiters der Drägerwerke, Herdemann, für H.D. vom 14. August 1945 (S.107). „Sehr geehrter Herr Doktor Dräger! Sie veranlaßten gelegentlich der Einrichtung eines Arbeitslagers im Dräger-Gummiwerk in Hamburg, eine den damaligen Vorschriften durch Gewährung besonders günstiger Bedingungen entgegenstehende bessere Behandlung der in den von mir geleiteten Werkstätten beschäftigten weiblichen KZ-Häftlinge. Dieselben haben mir für die ihnen im Dräger-Gummiwerk zuteil gewordene gute Behandlung ein Dank-

schreiben geschickt, welches ich als Anlage beifüge. Hochachtungsvoll Herdemann". Dazu stellt Romey fest: „Nach den vorliegenden Berichten ehemaliger Häftlinge ist es eher unwahrscheinlich, daß es im Wandsbeker Außenlager im Vergleich zu anderen Außenlagern eine generelle, noch eine auf die Volksgruppe der Sloweninnen beschränkte ‚Gewährung besonders günstiger Bedingungen‘ im Hinblick auf Verpflegung, Arbeitszeit, Arbeitskleidung, Schutzvorschriften usw. tatsächlich gegeben hat.“ (S. 105f.)

c) In dem erwähnten handschriftlichen Dankschreiben wird Herdemann auf dessen Wunsch nur in allgemeinen Worten „für Ihre [des H.] Liebenswürdigkeit“ gedankt. „Nun, da wir endlich wieder freie Menschen wurden, denken wir oft daran, daß Sie uns gegen den Sadismus und die Grausamkeit der SS-Aufseherinnen beistanden.“ (S. 106)

Wie das Drägerwerk, ohne selbst freie Akteneinsicht zu gewähren, unkommentiert als Gewährsträger für „offene Diskussion über Vorgänge in der NS-Zeit“ zitiert werden kann, bleibt ebenso unverständlich wie der Wert einer Befragung ehemaliger Betriebsangehöriger von seiten des Pressesprechers. Diese Befragung wurde weder von einem unabhängigen Außenstehenden durchgeführt, noch enthält das Literaturverzeichnis Hinweise, wo die Ergebnisse eingesehen werden können.

Die von Stefan Romey empfundene Dankbarkeit gegenüber den Drägerwerken verhindert offensichtlich, daß die Frage nach der Verstrickung Heinrich Drägers und der Drägerwerke in die Entstehungsbedingungen des Außenlagers und die bleibende Verantwortung gegenüber den Häftlingen klar formu-

liert wird. Eher beiläufig (S. 32) erfährt der Leser, daß H.D. bereits 1932 die Schrift „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ ausgerechnet als Heft 41 der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ veröffentlicht hat, als wäre es für einen deutschen Unternehmer 1932 das natürlichste auf der Welt gewesen, seine Ideen zur Wirtschaftsbelebung in einer solchen Reihe zu publizieren.

Ebenso beiläufig wird erwähnt, wie der Betriebsteil Wandsbek zum Drägerkonzern kam: „Einerseits aus Kapazitätsgründen, andererseits aus Gründen einer ‚drohenden Luftgefahr‘ [Hervorhebung im Original] wurde vor allem die Massenfertigung in Zweigwerke abgegeben... Noch vor Kriegsbeginn wurden Betriebe wie die Skara-Gummiwerke in Hamburg-Wandsbek von den jüdischen Vorbesitzern 1937 übernommen.“ Darunter befindet sich unkommentiert als Illustration ein Ausriß aus einem Flugblatt der NSDAP: „Der Jude als Mittel zur Ausbeutung anderer Völker“ - „Welche jüdischen Unternehmen bestehen in Wandsbek?“ wird dort gefragt und u.a. die Skara-Gummiwerke GmbH, Ahrensburger Str. 158 (Adresse des KZ Wandsbek), aufgelistet. (S. 32) Der Gedanke, daß es sich bei der „Übernahme“ offensichtlich um die damals übliche Arierisierung handelte, scheint dem Verfasser fremd zu sein; für ihn waren es eben „Kapazitätsgründe“.

Unklar bleibt die Rolle der Neumann-Reichard-Werke, ebenfalls in Hamburg-Wandsbek unter der Regie der Dräger-Werke; es ist lediglich zu erfahren, daß dort eine Montageabteilung eingerichtet wurde (S. 33). Eine klarere Darstellung der Zusammenhänge sowie die Aufarbeitung der Geschichte auch dieses Werksteils wäre wünschenswert.

Der Verfasser thematisiert im Untertitel zwar die „Zwangsarbeit im Hamburger Drägerwerk“, beschränkt sich dann aber auf die KZ-Häftlinge im letzten Jahr vor Kriegsende, obwohl erwähnt wird, daß schon ab 1941 „auch zwangsverpflichtete Polinnen in den beiden [!] Wandsbeker Werken beschäftigt (wurden). Ab Juni 1942 kamen knapp 1000 ‚Ostarbeiter‘ hinzu.“ (S. 34). Über deren Schicksal wird im vorliegenden Buch nicht berichtet.

Widersprüchlich ist auch das Kapitel über die Menschenversuche an weiblichen Drägerhäftlingen noch kurz vor Kriegsende. (S. 78ff.) Stefan Romey meint, „offensichtlich sollten die Versuche vor allem Antwort auf die Frage geben, wielange Menschen in einem gasdichten Luftschutzraum ohne Belüftungsanlage verbringen können.“ Anschließend zitiert er den früheren Drägermitarbeiter Dr. Knapp; ihm schien „nicht einsehbar, daß dieses technisch überhaupt notwendig war“. Hier wäre wichtig zu erfahren, wer die Versuche veranlaßt und verantwortet hat - was wahrscheinlich ohne größere Kooperation seitens des Drägerwerks heute nicht mehr zu beantworten ist. Unklar bleibt die Unschuldsvermutung von Romey, wenn er schreibt, „unklar ist, ob es im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Bunkerversuche auch zu medizinischen Eingriffen gekommen ist. Vermutlich sind die von den Häftlingen geschilderten schmerzhaften Einspritzungen in die Brust, die zu Kopfschmerzen, Schwindel, Fieber und eitrigen Schwellungen führten, in Zusammenhang mit einer zeitgleich aufgetretenen Infektionskrankheit (Typhus?) zu sehen.“

Der Hauptmangel der Schrift ist je-

doch das Versäumnis, überhaupt die Frage nach der Rolle der wirtschaftlichen Nutznießer unmißverständlich zu stellen. Dabei liegt die Verbindung zwischen unternehmerischem Gewinninteresse und Rüstungsproduktion bei Dräger auf der Hand. Hatte das Unternehmen bereits im 1. Weltkrieg erst mit seinen Produkten den ersten Gaskrieg der Geschichte ermöglicht, wurde später in der Vorbereitung ganz Deutschlands auf den kommenden Gaskrieg die Zukunft des Unternehmens gesehen. Zu diesem Zweck hatte auch H.D. seine „Stadt der Zukunft“ entworfen, mit deren Bau er in ganz Deutschland „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ betreiben wollte. Der Anstieg von etwa 250 Beschäftigten im Jahre 1933 auf ca. 5200 bei Kriegsende, davon ein Drittel ausländischer Herkunft (S. 34), war der entscheidende Schritt zur heutigen Bedeutung des Drägerwerks als größtem privatem Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Die Gewinne aus der Rüstungsproduktion auch unter Verwendung billiger Zwangsarbeiter und von KZ-Häftlingen finanzierten den Aufbau eines Unternehmens, das - kaum im Krieg beschädigt - bald

wieder zum Aufbau des „Wirtschaftswunders“ benötigt wurde.

In Lübeck wurde Heinrich Dräger 1982 zum Ehrenbürger ernannt, 1995 soll eine Straße nach ihm benannt werden. Daß auch heute noch das Drägerwerk nicht bereit ist, Entschädigungen an ehemalige Häftlinge zu zahlen, wird von Romey zwar festgestellt, sogleich aber beschönigt: „Seit einigen Jahren hat es jedoch die historische Forschung zu diesem Thema unterstützt und hat Kosten für Fahrt und Aufenthalt ehemaliger Häftlinge übernommen, die noch einmal an die Stätte ihres und ihrer Kameradinnen Leid zum Gedenken zurückzukehren wünschten.“

Das sollte zuwenig sein! Dem Drägerwerk ist so ohne Eingeständnis seiner Schuld, ohne Wiedergutmachung, mit relativ geringem finanziellem Aufwand gelungen, sich als beispielhaft darzustellen. Eine Spende an das Dokumentenhaus in Neuengamme, die Einladung an ehemalige Gefangene, die finanzielle Unterstützung dieses Buches genügen dem Autor, die Forderung nach Wiedergutmachung sowie Öffnung der Firmenarchive nicht mehr zu erheben.

MITARBEITERVERZEICHNIS

An dieser Ausgabe der Zeitschrift haben mitgewirkt:

Uwe Danker, Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte,
Gottorfstraße 6 b, 24837 Schleswig

Klaus-Detlev Godau-Schüttke, Landgericht Itzehoe, Breitenburger Straße 68,
25524 Itzehoe

Mario Göhring, Oberstkoppeler Weg 10 e, 24147 Klausdorf

Gerhard Hoch, Buchenstraße 2, 25486 Alveslohe

Heidemarie Kugler-Weimann, Jan Kalzow, Martin Hamisch, 23566 Lübeck

Frank Omland, 24114 Kiel

Gerhard Paul, Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte,
Gottorfstraße 6 b, 24837 Schleswig